

Landarbeiter und Gewerbegerichts-gesetz.

Die Kommunisten arbeiten wider. Provisorische Verfassung. Die Landarbeiter werden unter das Gewerbegerichtsgesetz gestellt.

In der gestrigen Sitzung sind die Kommunisten wieder zur Vernunft gekommen. Sie haben erkannt, daß sie sich verkannt haben und machen nun schleunigst kehrt. Ihre Forderung auf Neuwahl des Volkstages können auch wir nur begrüßen. Erfreulich ist, daß unsere Landarbeiter endlich dem Gewerbegerichtsgesetz unterstellt sind. Bahnstrecklichkeiten können nunmehr auf diesem Wege zum Austrag gebracht werden. Der Widerstand der Agrarier und ihres rückständigen Vertreters im Senat ist begreiflich, sehen sie doch ein Stück nach dem andern von ihrer Junkerherrlichkeit entschwinden.

57. Vollziehung des Volkstages

Donnerstag, den 30. Juni 1921.

Die Sitzung wurde zunächst bis 4.30 Uhr nachmittags verschoben, weil die kommunistische Fraktion am 28. d. Mts. eine Sitzung gehalten hatte, die ein Weiterarbeiten im Volkstage unmöglich machte. Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte der Präsident Warkhaci eine sehr wichtige Erklärung abgegeben, die man als historisch bezeichnen konnte. Die Ursache dazu war das Verhalten der kommunistischen Partei in der letzten Volkstagsitzung vom 28. Juni 1921. Der Abg. Rahn als Führer der kommunistischen Fraktion behauptete am letzten Dienstag, daß die Verfassung des Freistaats Danzig nicht zu Recht bestünde und daß demzufolge der Senat kein Recht hätte, im Volkstag zu sitzen. Er lange dieser Senat im Volkstag erscheinen würde, gäbe es dort kein Arbeiten mehr. Ein Recht zu erscheinen hätte nur der ehemalige Staatsrat. Sein Gesetz würde nicht mehr beschließen, es sei denn, daß die Verfassung vom Völkerbund anerkannt würde. Die Rede des Abg. Rahn wäre die letzte, die im Volkstag gehalten werden sei. Es würde erst wieder verhandelt, wenn die Verfassung durch den Beschluß des Völkerbundes anerkannt wäre! Präsident Dr. Matkhaei erklärte: Die Vereinigte kommunistische Partei hat es abgelehnt, das Haus weiter tagen zu lassen, solange Vertreter des Senats, den sie für ungesetzlich erklärt, anwesend seien. Der Verlebensauschuss hat sich in eingehenden Sitzungen mit der Frage beschäftigt. Im Verlebensauschuss hat der Vizepräsident des Senats Dr. Ziehm erklärt, daß bei den letzten Verhandlungen in Genf die Frage der Gültigkeit der Verfassung Gegenstand der Erörterungen gewesen ist. Dabei hat der Völkerbund die Erklärung abgegeben, daß durch seinen Beschluß vom 17. November 1920 die Verfassung in der damals provisorischen Form durch den Völkerbund in Kraft gesetzt und anerkannt sei, und ferner, daß die Verfassung, wie sie jetzt besteht, abgesehen von den beanstandeten Artikeln, unzweifelhaft in Kraft sei. Der Vizepräsident des Senats will weiter eine telegraphische Erklärung von Genf herbeiführen darüber, ob der Grund der Verfassung gewählte Senat die rechtmäßige Regierung der Freien Stadt Danzig ist und als solche vom Völkerbund anerkannt werde, und ob der jetzige Senat als endgültig anerkannt werde oder ob nach der definitiven Bestätigung der Verfassungsartikel für den Senat eine Neuwahl durch den Volkstag zu erfolgen hat. Der Vizepräsident des Senats hat weiter erklärt, daß der Senat so schnell als möglich eine Gesetzesvorlage beim Volkstag einbringen wird, wonach die Verfassung mit den Beschlüssen des Völkerbundes über die Senatoren in Einklang gebracht wird. Auf diese Erklärung hin hat sich die Vereinigte kommunistische Partei bereit erklärt, weiter zu verhandeln und das Übrige abzuwarten.

Im Namen der kommunistischen Fraktion gibt der Abg. Rahn folgende Erklärung ab:

Die Fraktion der Vereinigten kommunistischen Partei hat in der Vollziehung vom 28. d. Mts. erklärt, daß der Senat eine ungesetzlich bestehende Körperschaft sei, weil die Verfassung der Freien Stadt Danzig noch nicht durch den Völkerbund bestätigt und in Kraft gesetzt ist. Sie hat es deshalb abgelehnt, die Tagungen des Volkstages stattfinden zu lassen, sofern Vertreter dieser ungesetzlichen Körperschaft an den Sitzungen teilnehmen. In der heutigen Verlebensauschusssitzung sind die Dokumente der letzten Völkerbundstagesitzung bekanntgegeben worden, aus denen hervorgeht, daß der Völkerbund am 18. d. Mts. die Verfassung als provisorisch in Kraft befindlich bezeichnet hat vorbehaltlich der von ihm verlangten Änderungen bezgl. der Amtsdauer der Senatoren und deren Verantwortlichkeit gegenüber der gesetzgebenden Körperschaft.

Dadurch ist trotz aller wiederholten in der Öffentlichkeit abgegebenen gegenteiligen Behauptungen des Senats, einwandfrei der Beweis erbracht, daß die Auffassung der Vereinigten kommunistischen Partei, daß die Verfassung bisher noch nicht in Kraft war, die richtige ist und daß alle bisherigen Handlungen des Senats der verfassungswidrigen Grundlage entbehren.

Der stellv. Senatspräsident Ziehm, hat in der heutigen Verlebensauschusssitzung erklärt, daß sich der Senat trotz der provisorischen Verfassung bereits als definitiv gewählt betrachtet und nur hinsichtlich seiner Amtsdauer und seiner Verantwortlichkeit eine Änderung durch den Völkerbund verlangt wird. Die Fraktion der KPD ist der Auffassung, daß die Regierung bis zum definitiven Austritt der betreffenden Verfassungsartikel über sie nur eine provisorische ist und erst mit dem Inkrafttreten der diesbezüglichen Artikel definitiv gewählt werden kann.

Nachdem der stellv. Senatspräsident Ziehm sich im Verlebensauschuss bereit erklärt hat, die verfassungsrechtlichen Fragen dem Völkerbund telegraphisch zur Entscheidung zu unterbreiten, erklärt die Fraktion der KPD sich bereit, diesen Bescheid abzuwarten und befaßt sich bis dahin alles weitere vor.

Anschließend hieran erfolgte folgender Antrag:

Die Gesetzgebende Körperschaft wolle folgendes Gesetz beschließen:

Gesetz betr. Wahl zum Volkstag der Freien Stadt Danzig.

§ 1. Die Wahlen zum Volkstag der Freien Stadt Danzig finden am Sonntag, den 21. August 1921 statt.

§ 2. Maßgebend für die Wahlen ist die Wahlordnung für die Verfassunggebende Versammlung der Freien Stadt Danzig mit der Maßgabe, daß zum Wahlleiter der Präsident der Gesetzgebenden Körperschaft bestellt wird, der berechtigt ist, einen Vertreter zu bestellen.

Rahn

und die übrigen Mitglieder der Fraktion der Vereinigten kommunistischen Partei.

Entscheidung des Senats.

Senatspräsident Dr. Ziehm erklärte, daß sich der Senat trotz der provisorischen Verfassung als definitiv gewählt betrachtet, weil vom Völkerbund nur wegen seiner Amtsdauer und seiner Verantwortlichkeit eine Änderung verlangt wird. Senatspräsident Dr. Ziehm hatte dem Völkerbund telegraphisch diese Fragen unterbreitet und betrachtet sich der Senat als gewählt! Man tritt sodann in die Tagesordnung ein.

Zu Punkt 1 der heutigen Tagesordnung hatte in der letzten Sitzung der Abg. Rahn (Komm.) eine namentliche Abstimmung verlangt, die somit heute nachgeholt wird und dessen Ergebnis im Mehrheitsbeschluss war, wovon das Gesetz in 2. Lesung angenommen wurde. Die sofort vorgenommene 3. Lesung ergab das selbe Resultat und das

Vorläufige Haushaltgesetz für das Rechnungsjahr 1921

ist angenommen.

Bei der

Beratung des Gesetzes zur Regelung der Gemeindefinanzsteuer für das Rechnungsjahr 1910/20

beantragt der Abg. Bernik (D. P.) Ueberweisung des Gesetzes an den Finanzausschuss, was einstimmige Annahme fand.

Die einzelnen Haushaltspläne des Jahres 1920 werden ohne Aussprache in 3. Lesung genehmigt.

Beim Haushaltsplan für Kunst und Wissenschaft wird angenommen: Der Senat wird ersucht, beim Haushaltsplan für 1921 für Erforschung der germanischen Vorgeschichte an der Technischen Hochschule einen angemessenen Betrag einzuflechten. Das Zentrum stellte beim Juli-Tag den Antrag auf Wiederherstellung der gestrichenen Stellen, was abgelehnt wird. Als zur Schlussabstimmung geschritten wurde, brachten die Deutschnationalen folgende Entschließung ein: Der Senat wird ersucht, rechtzeitig in eine sorgfältige Prüfung der Frage einzutreten, inwieweit infolge der eingetretenen Verteuerung des notwendigen Lebensbedarfes, insbesondere auch infolge der wirtschaftlichen Umwälzungen mit denen sich eine Erhöhung der Ausgleichszulage und der Gehälter notwendig macht; aus dem gleichen Grunde eine entsprechende sorgfältige Prüfung der Frage hinsichtlich der Angestellten und Arbeiter in den staatlichen Betrieben einzutreten zu lassen und 3. soweit es sich als erforderlich ergibt, dem Volkstag eine entsprechende Vorlage zu machen.

Die Schlussabstimmung, sowie die Abstimmung über die sogenannte Entschließung wird entfallen ausgesetzt.

Änderung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes betreffend Kaufmannsgerichte.

Zur 3. Lesung ging ein Antrag der Deutschnationalen ein, hinter dem Wort „Arbeitgeber“ den Ausdruck „Landwirtschaftliche Betriebe“ zu streichen. Zur 2. Lesung hatte allerdings der Rechtsausschuss das Gegenteil beantragt und hieß damals der Antrag, einzuschalten ist: „einschließlich der landwirtschaftlichen Betriebe, der kommunalen und Staatsbetriebe.“

Vizepräsident Dr. Ziehm betonte, seitens der Regierung, daß dieses Gesetz nicht in der Fassung, wie der Antrag zur 2. Lesung lautet, angenommen werden könnte, denn es müßte ein Unterschied zwischen gewerblichen und kaufmännischen Betrieben einerseits und den landwirtschaftlichen Betrieben andererseits gemacht werden. Der Senat ist aber bereit, Sondergerichte für landwirtschaftliche und kommunale Betriebe zu errichten.

Gen. Arzchanski antwortete hierauf ganz zutreffend, daß die Ausführungen des Senators Ziehm nicht geeignet wären, wirklich brauchbares Recht zu schaffen. Es bestände kein Gesetz für landwirtschaftliche und kommunalbetriebe, denn die Gefährdung von damals war nur ein einseitiges Recht, das nur Vorteile für die „Besitzer“ schuf. Das heute vorgelegte Gesetz mit der vorgeschlagenen Fassung der 2. Lesung ließe sich sehr wohl auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausdehnen, weil den Landarbeitern dieselben Rechte wie den gewerblichen Arbeitern eingeräumt werden müßte. Da von deutschnationaler Seite heftig Einspruch gegen diese Ausführungen gegen unsern Genossen Arzchanski gemacht wurden, rief er ihnen zu, daß dieselben ja jetzt ihre bei den Wahlen gegebenen Versprechungen wahr machen könnten. Jetzt wäre Gelegenheit, von dieser Seite auch mal etwas für die Arbeiter zu tun.

Die Erklärungen des Senators Dr. Ziehm befriedigten den Zentrumsvorredner Gaisowski, der heute ein Herz für die Arbeiterhaft entdeckte, auch nicht. Er bemerkte, daß am 30. Juni 1921 die Weisheitsperiode zu diesem Gesetz abgelaufen wäre und müßten so schnell wie möglich neue Weiszer gewählt, oder die Gültigkeit der jetzigen Weiszer verlängert werden. Wenn das vorliegende Gesetz auch auf die landwirtschaftlichen Betriebe ausgedehnt würde, würde das keine Befreiung für die Gewerbebetriebe bedeuten. Er bittet den Antrag Arzchanski anzunehmen.

Der deutschnationale Abg. Tschler, der auch ein Beamter ist, verwirft alles in Grund und Boden. Man ist ja von diesen Mitläufern der Großagrarier nichts Besseres gewohnt!

Abg. Rahn (D. P.) hätte geglaubt, daß sich der Abg. Dahler als Arbeitervertreter auch als solches fühlen würde.

Abg. Kuhnert (Post), wundert sich, daß die Deutschnationalen in 12. Stunde das Gesetz zu Fall bringen wollen. Er tritt werm für den Antrag unseres Genossen Arzchanski ein.

Gen. Reibberg sagt den Deutschnationalen ins Gesicht, daß sie sich wieder gründlich blamieren haben. Beim Wahlmänner, da

haben diese Herren immer den Mund so voll Arbeiterfreundlichkeit und jetzt, wo sie es bereuen sollen, da machen sie doch Gegenwind. Da, die Arbeiter auf dem Lande sind heute auch nicht mehr so bumm, die wissen schon, wenn sie als Arbeitervertreter zu wählen haben. Die Gefährdung, die diese Herren so gerne wieder haben möchten, wie sie früher bestand, sei ein Schlag ins Gesicht der landlichen Arbeiter! Befremdet hat es im Interesse der Besizer wenn das Gesetz auch auf die Landarbeiter Anwendung findet. Dort können heute meistens Lohnstreikigkeiten von 80 bis 100 Mk. vor. Würden diese vor ein anderes Gericht gebracht, so anständen nicht nur Kosten für beide Teile, sondern die Landarbeiter würden, weil sie nicht so viel den Paragraphen vertraut wären, meistens verlieren. Von den Kosten für Rechtsanwältin die dort gebraucht würden, hätte der Landarbeiter meistens kein Geld und empfindet es sich aus diesem Grunde schon allein, die landwirtschaftlichen Arbeiter unter das Gewerbegesetz stellen zu lassen. Er bittet das Haus dringend um Annahme dieses Gesetzes.

Abg. Schmidt (Komm.) hält den Deutschnationalen wieder einmal den Abg. Matkhaei vor und erzählt von Fällen, wo die Landarbeiter von den Besizern geschlagen wurden. Zum Schluss seiner Ausführungen tritt er für den Antrag unseres Genossen Arzchanski ein.

Der deutschnationale Abg. Wölter kann es schon lange nicht mehr auf seinem Sitz aushalten, er muß sich zum Wort melden und will nicht mehr Zeitvergeuden von Kaufmannsgerichten sein. (12 Jahre lang hat er getragen, länger trägt er leider nicht!) Er wünscht daher Sondergerichte für die Landarbeiter.

Gen. Spill findet es unbegreiflich, daß der Antrag Arzchanski so wenig Anklang bei den Deutschnationalen findet, wo doch auch auf dieser Seite Arbeitervertreter sitzen. Daß hier mit dem Antrag der Deutschnationalen ein zweites Recht geschaffen würde, liegt doch klar auf der Hand. Die Deutschnationalen sollten ihren hochtönenden Worten endlich Taten folgen lassen. Aber die Deutschnationalen mit dem Senat zusammen wollen eine große Klasse von Menschen rechtlos machen. Wollen Sie, daß sich die Bevölkerung beruhigt, so treten Sie für den Antrag Arzchanski ein.

Senator Dr. Ziehm behauptet nochmals seinen alten Standpunkt.

Der Zentrumsmann Abg. Stawiski ist auch für Annahme des Antrages unseres Genossen Arzchanski.

Abg. Nau (NSD.) sagt: Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Das alte Unrecht muß beseitigt werden, denn es hat schon über 10 Jahre Unheil angerichtet. Für den Antrag Arzchanski tritt er ebenfalls ein.

Abg. Gaisowski (Str.) tritt ebenfalls für den Antrag des Gen. Arzchanski ein.

Nach dem nun die Deutschnationalen einsehen mußten, daß die Mehrheit des Volkstages für den Antrag Arzchanski waren, machten sie bedauerlich lange Gesichter. Das Resultat war, daß der Antrag der Deutschnationalen mit 54 gegen 21 Stimmen abgelehnt wurde!!!

Als Artikel 1 b wird folgender Antrag des Abg. Rahn (D. P.) angenommen: Die Regelung der Sondergerichte für landwirtschaftliche Betriebe, sowie für die staatlichen und kommunalen Betriebe tritt mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft.

Die übrigen Artikel des Änderungs-gesetzes wurden ohne Aussprache unverändert angenommen.

Das Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplanes für 1920 wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache genehmigt. Es erfolgt dann die abgesetzte Schlussabstimmung über den Staatshaushaltsplan für 1920. Dieser, sowie die hierzu von der deutschnationalen Fraktion eingebrachte Entschließung werden angenommen.

Darauf verlegt sich das Haus auf heute nachmittags 3 Uhr.

Kleine Nachrichten.

Agrarier gegen Landarbeiter.

Der Kampf des Großagrariertums gegen den Deutschen Landarbeiterverband nimmt immer größere Formen an. Nachdem es dem Landbund nicht gelungen ist, durch seine gelben Verbände die freigewerkschaftlichen Landarbeiterorganisationen zu zerlegen, greift man jetzt nach dem Muster der Vorkriegszeit zu den schärfsten Repressalien gegenüber den Angehörigen des Landarbeiterverbandes. Massenentlassungen von freigewerkschaftlich organisierten sind keine Seltenheit mehr. Der Höhepunkt hat dieses Treiben jetzt dadurch erreicht, daß die Verwaltung des Gutes Schlagenthin bei Mühlberg ohne Angabe irgendeines Grundes ihre gesamte Arbeiterchaft fristlos entlassen hat. Der einzige Grund ist natürlich die Zugehörigkeit zum Deutschen Landarbeiterverband.

Jetzt sucht die Verwaltung in den bürgerlichen Zeitungen des Kreises unorganisierte oder gelbe Arbeiter. Die Behörde Kreisverwaltung des Deutschen Landarbeiterverbandes wagt dringend vor Zugang nach Schlagenthin. Charakteristischweise ist das verschärfte Vorgehen der Agrarier gegen die organisierte Arbeiterchaft seit dem Wechsel im preussischen Ministerium des Innern zu beobachten. Die Großgrundbesitzer wissen genau, daß unter Dominicus Regime die zuständigen Landräte usw. nicht mehr den nötigen Rückhalt haben, wenn sie durch ihr Eingreifen die Herren Landwirte zur Tarifreue zwingen.

Unsere Genossen vom Deutschen Landarbeiterverband werden bei passender Gelegenheit sich dieses Vorfalles erinnern und bei der Agitation gegen die gelben Verbände zu verwerten wissen.

Ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag. Der Deutsche Bauarbeiterverband erhebt einen Wochenbeitrag in Höhe von drei Vierteln des Stundenlohnes. Die letzte Beiratstanzung sah sich veranlaßt, für alle Fälle Vorsorge zu treffen und deshalb den Kampffonds des Verbandes zu stärken. Sie beschloß daher die Erhebung eines außerordentlichen Beitrages und zwar auf die Dauer von 13 Wochen ab 4. Juli. Der Gesamtbeitrag erreicht damit die Höhe des ab 1. Juli maßgebenden tariflichen Stundenlohnes. Durch Urabstimmung soll im Juli eine Entscheidung der Mitglieder darüber herbeigeführt werden, ob der außerordentliche Beitrag auch weiterhin erhoben werden soll.

Wenn die unerschöpfliche Macht, die dynamisch der deutsche und der französische Sozialismus in ihrem Zusammenwirken darstellen, nicht dazu ausgereicht hat, die Weltwirtschaft zu verbinden, so folgt daraus nicht, daß man nun die Hände resigniert in den Schoß legen solle, sondern daß die damals unvorstellbar günstigsten Ausflüchte begonnene Arbeit mit verdoppelter Energie aufzunehmen ist.

Genosse Renaudel spricht von der großen moralischen Verantwortung des deutschen Sozialismus im Kampfe gegen die deutsche Reaktion. Die Verantwortung des französischen Sozialismus im Kampfe gegen die französische Reaktion ist nicht geringer; seine Aufgabe ist noch schwieriger. Sie besteht darin, ein Volk, das sich als Sieger fühlt, und alle schlechten Eigenschaften des Siegers angenommen hat, im Verhältnis zu seinem unterlegenen Gegner zur Gerechtigkeit zu bringen. Wie es mit dieser Gerechtigkeit heute beschaffen ist, hat die Debatte des Reichstages über die sogenannten Entlohnungen, das ökonomische Differenzialverhältnis, gewalttätige Verhältnisse des imperialistischen Frankreichs im deutschen Westen deutlich genug gezeigt.

Renaudel hat Recht! Das Schicksal der Welt hängt von der Einigkeit der Sozialisten ab, oder auch von der Kraft, die sie in ihrem eigenen Lande entwickeln. Die Einigkeit ist immanente, diese Kraft zu fördern und in die rechten Bahnen zu lenken. Darum sind wir mit Renaudel einig in dem Wunsche, die zweite Internationale und die sogenannte Internationale III bald zu einem aktionsfähigen Ganzen vereinigen zu sehen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Das Eindringen fremden Kapitals. — Das internationale Kapital. — Die Konkurrenz zur Ausbeutung der Petroleumvorkommen. — Erhöhung der Getreide- und Brotpreise.

Beim Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft sind vielfach Forderungen laut geworden gegen das Eindringen fremden Kapitals in deutsche Unternehmungen. Unzweifelhaft ist der Anreiz, in deutsche Unternehmungen bei dem ungünstigen Stande der Valuta ausländisches Kapital einzuführen, sehr groß. Es ist bekannt, daß z. B. in deutschen Häfen ein Grundbesitz ein erheblicher Aufschlag durch ausländisches Kapital zu verzeichnen ist. Ferner haben industrielle Unternehmungen ausländische Kredite aufgenommen, um besonders für den Einkauf von Rohstoffen im Ausland eine günstige Finanzierung zu finden. Sehr umfangreich dürften auch die Käufe sein, die in Hypothekenspenden und ähnlichen Anleihen erfolgt sind. Gegen diese Entwicklung konnte sehr wenig unternommen werden; vielleicht war sie auch im Interesse der Erhaltung der deutschen Volkswirtschaft durchaus zu begrüßen. Die Industrie hat sich gegen fremdländischen Einfluß geschützt, indem die Gesellschaften Vorzugsaktien ausgeben mit einem erhöhten Stimmrecht, so daß ausländische Beteiligungen an diesen Unternehmungen keinen dominierenden Einfluß gewinnen konnten. Volkswirtschaftlich tritt bei jedem Abzug von deutschen Mitteln in ausländische Hände viel weniger die Abwertungsgefahr in den Vordergrund, als das Bedenken, daß das deutsche Volk in fortgesetzt erhöhtem Maße gegenüber dem Ausland in ein Schuldverhältnis tritt. Diese in ausländischem Besitze befindlichen Werte, deren Vergütung in Deutschland aufgebracht werden muß, verkleinern die deutsche Zahlungsbilanz durch das Herausfließen der Werts nach dem Ausland. Eine objektive Betrachtung ergibt allerdings, daß die im deutschen Ausland von Ausländern erlangten Guthaben nicht restlos in das Ausland gehen, sondern vielfach wieder der deutschen Wirtschaft zugute kommen. Es ist für den Ausländer vorzuziehen, auf seinen Guthaben in Deutschland Einflüsse zu machen, um im Notenverkehr die Realisierung seines Guthabens herbeizuführen.

Die Bedenken, die der Überfremdung des deutschen Volkes entgegengebracht werden, erscheinen auch infolgedessen übertrieben, da das Interesse des Kapitals, ganz abgesehen von welcher Stelle es seine Interessen verleiht, ein persönliches ist. Das Eindringen fremdländischer Kapitalien kann im Ausland nur in höherem Maße das Interesse für die Erhaltung der Unternehmungen auslösen, an denen das ausländische Kapital beteiligt ist. Jede Förderung eines individuellen Unternehmens muß aber zu gleicher Zeit auch Deutschland zum Nutzen dienen. Es ist eine bekannte Erscheinung, daß in Ländern mit einer klugen Finanzwirtschaft ausländisches Kapital einbringt und seine Veranlassung kaum möglich ist; zudem

hat im schmalen Maße die Befreiung des Mittel- und Ostpreußen zu unterstützen, die etwa darauf besteht, daß der deutsche Volkswirtschaft zu kommen.

In den letzten Jahren die deutsche Industrie eine starke Entwicklung des Aufschwungs erlebt, bewilligte sich ausländisches Kapital auf ein beträchtliches Ausmaß, ohne daß Deutschland die Schuld davon zu tragen hätte. Es entsprach vielmehr eine nicht zu unterschätzende Hilfe in der Finanzierung seiner Naturkräfte, die der industriellen Entwicklung nur sehr in beschränktem Maße überantwortet waren. Erweitert ist an die Beteiligung ausländischer und heimischer Kapitalien im Bergbau und an die vielfachen Einrichtungen von Wasserfällen seitens englischer Unternehmungen. Die Entwicklung hat dann den Lauf genommen, daß bei einer Erhöhung der Industrie und der deutschen Finanzwirtschaft der Einfluß ausländischen Kapitals nach und nach abgeklungen wurde. Einen gleichen Vorgang konnte man in England beobachten, wo deutsche Kapitalien die industrielle Entwicklung beeinflusst hat und dieselbe in den letzten Jahren vor dem Abzug in seinem Einfluß wieder stark zurückgedrängt wurde.

Der internationale Charakter des Kapitals wird uns durch den Verlauf der letzten Zeit wieder sehr deutlich zum Bewußtsein gebracht. So ist die Margarinefabrikation zu einem erheblichen Teil unter dem Einfluß englischer und holländischer Kapitals geraten. Der Konzern kontrolliert in Holland und England wie in Deutschland die Produktion.

Nachdem es sich um die Erhaltung der internationalen Veranlassung der Petroleumvorkommen handelt, die Petroleumvorkommen in Deutschland, die der amerikanische Trust eingenommen hat, ist stark erschüttert durch andere Unternehmungen, die in großartiger Weise eine möglichst geschlossene Zusammenziehung der außerhalb dieses Trusts stehenden Interessen zur Aufgabe hat. Die internationale Petroleumwirtschaft, eine Erziehung von deutschem, schweizerischem, sibirischen, rumänischem und französischem Kapital zeigt uns, wie wenig nationale Grenzen eine Rolle spielen, wenn es sich darum handelt, gewinnreiche Unternehmungen auszubauen. Diese internationale Union besitzt Petroleumvorkommen in Gallien und Rumänien, weniger bedeutend in Deutschland. Die deutschen Unternehmungen werden vor allem die Herstellung von Mineralölen aus bituminöser Kohle betreiben. Es besteht ferner die Aussicht, in Argentinien die Unternehmungen, die dort für die Erschließung der Petroleumvorkommen tätig sind, mit in den Konzern hineinzuziehen.

Ein zweites großes Unternehmen tritt uns in der niederländischen Petroleumgesellschaft entgegen, die Petroleumvorkommen in Niederländisch-Indien, Kambodscha, Kambodien, Kord- und Mittelamerika, Kolumbien, Kuba und Sumatra im Besitze hat. Anscheinend besteht auch eine gewisse Verbindung mit dem in Südrussland sehr bedeutenden Ölorkommen. Die Unternehmungen in Baku, die von der russischen Regierung sozialisiert sind, unterhalten Beziehungen zu der niederländischen Gesellschaft, die ihnen Rohmaterial liefert und als Gegenwert Rohöl erhält. Die Verbindung in Deutschland mit diesem Konzern wird durch Unternehmungen, die Benzol- und Schmierölprodukte verarbeiten und verkaufen, ausgedehnt und durch die Mineralölwerke (Rhenania) erweitert. Das Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft liegt zu einem erheblichen Teile in den ehemals österreichisch-ungarischen Ländern. In Jugoslawien wird gemeinsam mit der Regierung und dortigen Kapitalistenkreisen die Errichtung einer Petroleumgesellschaft betrieben, die in enger Beziehung zu dem Konzern steht. Das internationale Kapital erweitert sein Herrschaftsgebiet ohne Rücksicht auf nationale Anschauungen.

Das rege Treiben in der Ausbeutung der Petroleumvorkommen ist technisch von großer Bedeutung. Gelingt es den Unternehmungen, den Markt reichlich mit Rohöl zu beschicken, wird in immer erheblichem Maße die technische Ausnutzung des Motorbetriebes zur Herrschaft kommen. Vor allem wird die Schifffahrt in schnellerem Tempo zur Verwendung von Dieselenergie übergehen und die Kohle ausgeklammert werden.

Während wir im Ausland fortgesetzt eine Preissteigerung für alle Erdprodukten zu verzeichnen haben und auch in Deutschland die Rückwirkung dieser Preisbildung in beläufigem Maße zur Geltung kommt, bestehen leider keine Aussichten für den Fortbestand dieser an sich erfreulichen Entwicklung. Wir müssen leider bei dem ungünstigen Stande der Werts damit rechnen, daß in Deutschland eine Aufwärtsbewegung in der Preisbildung eintritt. In Verbindung mit den neuen Steuern wird die allgemeine Preissteigerung einen besonderen Antriebsimpuls erfahren.

die in ihrer Abwertung für die Lohn- und Gehaltsempfänger die abstrakten Folgen zeitigen muß.

Das deutsche Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft unterbreitet dem Reichstagsausschuß der Preise für Getreide folgende Vorschläge, die darauf hinausgehen, daß für die Monate August bis Oktober der Preis auf 2100 Mark für Weizen auf 2300 Mark für Gerste auf 2000 Mark festgesetzt wird. Die Preise werden sich für die Mengen, die der Landwirt noch zwangsweise abliefern muß. Die Preise sind gegen das Vorjahr um 6-700 Mark höher. Dazu kommt, daß in Deutschland im kommenden Jahre nur 2 1/2 Millionen Tonnen Getreide erntet werden und der Rest auf den freien Markt gelangt. Der freie Markt wird uns mit dem Preise auf die Höhe des Weltmarktes bringen, d. h. wir können damit rechnen, daß uns das ausländische Getreide auf 4000 Mark die Tonne und darüber zu stehen kommt, ein Preis, der dann für das Inland maßgebend sein wird. Berücksichtigt man, daß Deutschland im ungünstigsten Falle immerhin eine Ernte von 7 Millionen Tonnen und zur Verfügung haben wird, so läßt sich ermaßen, daß hier ein reicher Milliardenberg der Landwirtschaft aus diesem Übergang von der Zwangs- zur freien Wirtschaft zugestrichelt wird. Während sich diese Preise für die Herstellung des Brotes vollständig auswirken, so dürfen wir damit rechnen, daß das deutsche 4-Pfund-Brot auf 12 bis 15 Mark kommen würde. Diese enorme Preissteigerung wird vorläufig nur dadurch aufgehalten, daß abermals im Etat eine erhebliche Summe für die Preisfestsetzung des ausländischen Getreides eingestellt wird, soweit die Aufrechterhaltung der Exportation in Frage kommt. Immerhin muß man in Deutschland mit einer Erhöhung des Brotpreises auf rund 750 Mark rechnen. Das Brot, das danach im freien Verkehr zu haben ist, wird sicher einen Preis von 12 bis 15 Mark erlangen. Das bedeutet für die ärmeren Volksschichten eine sehr harte Belastung, ohne daß auf der anderen Seite für die Preise, die daraus Gewinn ziehen, dem Reiche eine Äquivalenz in der Form von Steuern geboten wird.

Gibt es sich vor allem die Berechtigung des Anspruchs der sozialdemokratischen Fraktion, die verlangt, daß bei diesen enormen Zuwendungen an die Landwirtschaft erhebliche Summen zur Befreiung der gesteigerten Lasten des Reichs steuerlich erfasst werden. Das soll geschehen, nicht nur in der Form einer laufenden Steuer, sondern auch in der Erfassung der gesteigerten Werte des Grundbesitzes, der bei einer solchen Preissteigerung Bewegung eintritt muß. Die deutschen Sozialdemokraten fordern einen Anteil von der hypothekarischen Belastung für den Staat, der ungefähr an die Höhe der Wertsteigerung des ländlichen Grundbesitzes heranzureichen. Wenn sie durch dieses Verlangen den heftigen Widerspruch agrarischer Kreise ausgelöst haben, so beweist das nur, daß sie mit ihrer Anforderung auf dem rechten Wege sind, und daß die Partei alles einsehen muß, um zu ihrem Ziele zu gelangen.

Die Internationale der Postangestellten für Amsterdam.

Prog. 30. Juni. Der Exekutivsausschuß der Internationale der Postangestellten sprach sich für die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale aus. Es wurden die Vorbereitungen für einen internationalen Kongreß der Postangestellten im August 1922 in Berlin getroffen.

Das Abkommen im englischen Bergbau.

London, 30. Juni. Nach langen Verhandlungen hat der Verband der Arbeitgeber und der Bergarbeiterverband heute ein vorläufiges Abkommen getroffen. Eine Entschließung über diese Abmachung wird den Vertretern der Verbände heute unterbreitet werden.

London, 30. Juni. Die Bergarbeiter in Northshire haben beschlossen, die Arbeit unverzüglich wieder aufzunehmen. Dagegen haben 5000 Bergarbeiter in Wigan einstimmig das getroffene Abkommen abgelehnt.

Aus der Verwaltungspraxis einer neuen Bureaukratie.

Im Zentralwirtschaftsamt in Warschau wurden Untersuchungen aufgedeckt, die eine Höhe von 400 Millionen erreichen. Als Haupttäter ist ein polnischer Leutnant Wareszinski ermittelt. In der Angelegenheit sollen noch 6 weitere polnische Offiziere verhaftet worden sein.

Auf der Fahrt nach Petersburg.

D. E. St. Petersburg, Ende Juni.
Bei der Annäherung mit der Bahn nach Petersburg fallen einem die halberstarrten Sommerrollen auf, die in früheren Zeiten den Petersburgern zum Bandaufenthalt dienten, ohne Fenster, ohne Türen, die Holzröhre zerbrochen. Alles, was sich ohne besondere Anstrengung als Heizmaterial fortzuschaffen ließ, ist längst fortgetragen. Auf den Petersburg zunächst gelegenen Eisenbahnstationen, wo man früher gewohnt war, die lebhafteste Schar der wahlenden Sommergäste zu sehen, die zum Dienst nach Petersburg eilen, bräunen sich jetzt die Fahrgäste in zerklüfteter und abgerissener Kleidung, mit Säcken auf dem Rücken, zum Zuge und blicken im Augenblick die Plätze in den Wagen. Alles das geschieht sehr rasch und mit vollkommenem Schweigen. Diese fast bettelhaft anmutenden Leute sind städtische Bürger, die tagsüber in den Sowjetinstitutionen arbeiten und zum Abend nach Hause zurückkehren, in die Vorstadt zur Arbeit in den Gemüsegärten. Der irgend die Möglichkeit hatte, aus der Stadt in die Vorstadt zu gehen, der hat es getan, denn die Eisenbahnschicht ist unkonstant; allerdings fängt man in der letzten Zeit an, davon zu sprechen, daß die Zahlung für die Fahrt und die Fahrkarten wieder eingeführt werden soll. Der Bürger erklärte sich die Abschaffung der Zahlung dadurch, daß die alten Fahrkarten wieder eingeführt werden soll. Der Bürger erklärte sich die Abschaffung der Zahlung dadurch, daß die alten Fahrkarten wieder eingeführt werden soll. Der Bürger erklärte sich die Abschaffung der Zahlung dadurch, daß die alten Fahrkarten wieder eingeführt werden soll.

der Verkehr ist sowieso nicht stark, und daher ist das zweite Geleise überflüssig geworden. Die Schienen sind zur Reparatur anderer Strecken verwandt worden, die Schwellen dienen zur Heizung der Lokomotiven, besonders dann, wenn aus Mangel an Heizmaterial der Zug von der Station nicht abgefertigt werden konnte. Die Stationen selbst haben ein vermahltes Aussehen, obgleich man von einer besonderen Verschmutzung nicht sprechen kann, denn das Publikum hält sich selten auf ihnen auf, die Ortseingesessenen aber, die früher auf den Stationen erschienen, um die Durchreisenden zu sehen, zeigen sich jetzt selten. Die in behördlichem Auftrag Reisenden verlassen ihre Plätze in den Wagen auf den Stationen nicht, noch weniger tun das jene „Sackträger“, die mit Mühe ihren Platz erlangt haben und fürchten, ihn zu verlieren. Es ist gleich schwer, einen Platz im Innern des Wagens oder auf dem Dache oder auf dem Trittbrett und den Puffern zu erringen. Einen erschütternden Eindruck machen die Wagen: zum Teil zerbrochen, meist ohne Fenster, größtenteils dritter Klasse, noch häufiger aber einfache Waggons, die für Personenbeförderung zurückgemacht sind. Der ganze Umbau beschränkt sich allerdings darauf, daß in der Mitte des Wagens ein Loch eingeschritten ist für die natürlichen Bedürfnisse der Reisenden, denn der Wagen verlassen kann man ja nicht. In einigen Wagen waren für den Winter Ofen aufgestellt, doch infolge des Mangels an Heizmaterial wirken diese schon seit zwei Jahren nicht mehr, und infolge des dichten Zusammengebrängteins erwärmen sich die Passagiere gegenseitig.
Die Reisenden sitzen schweigend da. Kein Schimpfen wie früher über die Staatsgewalt oder die vermahlten „Sackträger“. Die einen fürchten sich, zu sprechen, die anderen haben nichts mehr zu sagen, denn alles ist schon längst gesagt. Alle heftigen Ausdrücke sind erschöpft. Vier Jahre seit das Land in der gleichen Stimmung, und man hat sich an alles gewöhnt. Die Mehrzahl der Reisenden trägt Leinwandpantoffeln, einige sind barfuß, einige in Pappschuhen. Lederschuhe gibt es fast gar nicht. Die Kleidung ist bei allen

gleichförmig: schmutzige Doppeln, häufig zerrissen und geflickt. Die Männer tragen Mützen aus grobem Leinen oder anderen Geweben, die Frauen Kopftücher oder selbstgemachte Leinwandhüte. Die Gesichter sind bei allen eingebraunt und tragen die Spuren von Wind und Wetter, schwer ist es, die früheren gebildeten Schichten von den Arbeitern zu unterscheiden. Die Hände sind bei allen groß; aufgedunsene oder verhungerte Gesichter sieht man nicht. Die Kranken und die Greise bleiben zu Hause, die Reisenden aber haben sich so sehr an die neuen Verhältnisse gewöhnt, daß sie alle Leiden ertragen können. Die Säcke auf den Rücken bei fast jedem Passagier erklären sich dadurch, daß die einen unterwegs sind, um irgendwelche Gegenstände gegen Nahrungsmittel einzutauschen, die anderen hoffen, in diesen Säcken irgend etwas von irgendwoher nach Hause zu bringen. Man sagt, daß die früheren Geldbeutel für Münzen oder Papier nun durch die Säcke auf den Rücken vertreten werden, denn das Geldverweiden hat sich längst in einen Gegenstand von großen Dimensionen verandelt. Ein Reuling fühlt sofort die Psychologie dieser fast bettelhaften Menge: alle fühlen sich wie in einer belagerten Festung, sie kennen den Feind nicht, sie sehen ihn nicht, aber alle fühlen, daß man sein Leben irgendwie einrichten muß innerhalb des Raumes, der einem noch geblieben ist. Neues erwarten sie nicht, Zeitungen gibt es nicht, ja, sie werden auch nicht gelesen, denn in allgemeinen Fragen sind alle Themen erschöpft, den Neuigkeiten aber, die die Zeitungen bringen, glauben sie nicht. Alle sind beschäftigt mit den Fragen der Ernährung, mit der Sorge um den heutigen und im besten Falle um den morgigen Tag. Es ist bemerkenswert, daß man sich bei verhaltenen Mut, wie vor zwei, drei Jahren, nicht mehr merkt. Schweigend warten sie, schweigend geht man einander aus dem Wege. Bei einem Blick auf diese ärmliche Menge fühlt man; daß sie alle eine gewaltige physische und moralische Last tragen. Sie tragen sie ergeben. Und diese „Ergebenheit“ ist charakteristisch für die Reisenden, die sich Petersburg nähern.